

Haushaltsrede

Von Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz (FDP-Fraktion)
zum Haushalt der Stadt Monheim am Rhein 2014

Mittwoch, den 18. Dezember 2013

Es gilt das gesprochene Wort:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte anwesenden Bürgerinnen und Bürger,

auch in diesem Jahr haben wir in diesem Hause das Vergnügen über den von der Verwaltung – zum ersten Mal in Verantwortung unserer neuen Kämmerin, Frau Noll -m vorgelegten ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2014 beraten und beschließen zu dürfen.

Im Hinblick auf die zahlreichen Vorrednerinnen und –redner, die die aktuellen erfreulichen Rahmenbedingungen unseres diesjährigen städtischen Haushaltes bereits zur Genüge dargestellt haben, möchte ich – wie in jedem Jahr unserer Kämmerin Noll und Herr Krämer und dem gesamten Team, im Namen der FDP-Fraktion unseren herzlichsten Dank für die gelungene Darstellung des Haushaltes übermitteln.

Auch für das Jahr 2014 ist das erfreulichste Signal, dass wir erneut über einen strukturell ausgeglichenen mit einem Überschuss zu beschließen haben.

Dieses erfreuliche Ergebnis basiert u.a. nicht zuletzt auf der Absendung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 285 Prozentpunkte.

Die über mehrere Jahre in diesem Rat ausschließlich von der FDP geforderte Steuersenkungspolitik hat sich demnach als erfolgreiches, strategisches Mittel nachhaltig bewährt! Alle von den Liberalen in den vergangenen Jahren – hier verweise ein wiederholtes Mal auf die zahlreichen Haushaltsreden meiner Vorgängerin, Frau Dr. Schröder-Weber - prognostizierten positiven Effekte einer spürbaren Gewerbesteuersenkung haben sich nunmehr erfreulicherweise nachhaltig manifestiert und erneut nicht nur zu einem ausgeglichenen Haushalt sondern zu einem spürbaren Haushaltsüberschuss in unserer Kommune in den vergangenen zwei beiden Jahren geführt!

Selbstverständlich unterstützt die FDP-Fraktion insbesondere auch die geplante weitere, spürbare Absenkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf nunmehr 285 Prozentpunkte und begrüßt diese ausdrücklich!

Nach Auffassung der FDP-Fraktion wäre es leichtsinnig, den bisherigen Erfolg aufs Spiel zu setzen ohne sich der nationalen Konkurrenz zu stellen! Die Höhe des bisherigen fiktiven Habesatzes in NRW belastet nach Auffassung meiner Fraktion nicht nur Monheim, sondern beschädigt die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Standortes NRW. Denn bei Betrachtung anderer Bundesländer bspw. in Brandenburg bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 315 Prozentpunkten relativieren sich die bisherigen 300 Prozentpunkte in unserer Kommune!

Wir Liberale sind davon überzeugt, dass durch diesen weiteren Meilenstein in Form der Absenkung des Hebesatzes auf 285 Prozentpunkte und das damit verbundene Alleinstellungsmerkmal weitere attraktive Firmen den Weg in unsere Stadt finden und wir so die positive Entwicklung auch zukünftig und langfristig im städtischen Haushalt spüren werden!

Wir sehen in diesem Schritt eine weitere, strategische Maßnahme zur Fortsetzung der erfolgreichen Ansiedlungspolitik in unserer Stadt! Gerne bedanke ich mich erneut – genauso wie in meiner Haushaltsrede im Jahres 2012 – nicht nur für die Weitsicht sondern die mutige und zielgerichtete Umsetzung, sehr geehrter Herr Bürgermeister Zimmermann!

Die von den Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dargestellten Bedenken können wir in keinsten Weise nachvollziehen und empfehlen hier noch einmal die Überprüfung von Ursache und Wirkung, denn nicht durch die Senkung des Steuersatzes kommt es zu höheren Einnahmen, dies ist schlichtweg rechnerisch nicht möglich! Sondern durch die von mir soeben dargestellten strategischen Merkmale zu einer weiteren erfolgreichen Ansiedlung zahlungskräftiger Unternehmen einschließlich sämtlicher Nebeneffekte!

Dies zu den positiven Aspekten des diesjährigen Haushaltes!

Allerdings zeigen sich für die Liberalen an nicht wenigen Stellen des zur Beschlussfassung vorgelegten Haushaltsentwurfes einschließlich der zur Abstimmung gestellten Änderungsliste vom 04. Dezember 2013 sowie des Stellenplanes erhebliche Tendenzen, die ich im Einzelnen darstellen möchte:

1. Sanierung Feuerwache am Standort Paul-Lincke-Straße

Ich denke dass ich für alle im Rat vertretenen Parteien spreche, wenn ich feststelle, dass zur Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Feuerwehr und der damit verbundenen Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger dringender Handlungsbedarf im Bereich der Feuer- und Rettungswache besteht! In der Fortsetzung der Umsetzung des beschlossenen Brandschutzbedarfsplanes sind bereits einige Eckpunkte erfolgreich umgesetzt worden. Nach dem eindrücklichen aber auch erschreckenden Vortrag von Herrn Baur als Vertreter der Leitung unserer Feuerwehr, wurde noch einmal mehr deutlich, dass die Situation am Standort Paul-Lincke-Straße so nicht mehr tragbar ist! Gerne bedanken wir uns an dieser Stelle auch für die konstruktive Mitarbeit der Feuerwehr im Bereich der vorgestellten Planung und in der Ausgestaltung und Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes!

Nachdem im Fachausschuss – mittels Tischvorlage – ein umfassendes Zahlenwerk präsentiert wurde, in dem durch ein eingeholtes Gutachten deutlich wurde, dass zwischen einem Neubau an anderer Stelle im Stadtgebiet und einer von der Verwaltung favorisierten Kernsanierung finanziell wenig Unterschied besteht! Interessant in diesem Zusammenhang auch ist die eindeutige Feststellung des Gutachters, dass der jetzige Standort an der Paul-Lincke-Straße nicht als idealer Standort ohne Ausbaukapazität bewertet wird!

Man muss sicherlich kein Prophet sein um zu prognostizieren, dass bei einer Kernsanierung über einen Zeitraum von 5 Jahren die veranschlagten 18 Millionen Euro nicht ausreichen werden! Auch die heute noch nicht abzusehenden Unwägbarkeiten die im Rahmen der Sanierung auftreten können, sowie die erhebliche Belastung für die Feuerwehrleute durch mehrfache Umzüge einschließlich etwaiger Einschränkungen im Bereich der Sicherheit während der langen Umbauphasen, haben bei der FDP-Fraktion erhebliche Bedenken an dem geplanten Umbau hervorgerufen!

Es ist kein Geheimnis, dass dieses Thema in der Fraktion sehr kontrovers diskutiert wurde!

Nach unserer Ansicht ist daher ohne die wirklich Prüfung einer Alternative an einem anderen Standort im Stadtgebiet (bspw. hinter dem MonBerg) ein vorschneller Beschluss über ein Investitionsvolumen von mehr als 18 Mio getroffen worden ohne einen zweiten Gedanken daran zu verwenden!

Auch die sind die skizzierten etwaigen Gewerbesteuerereinnahmeverluste nach Ansicht der Liberalen bisher nicht nachhaltig und substantiiert ermittelt worden, so dass die FDP einem Umbau an dieser Stelle als Fehlentscheidung bewertet!

Überrascht hat die Liberalen die von der Verwaltung angekündigte Beitragsfreistellung im Bereich der Kinderbetreuung in Einrichtungen, der Tagespflege und ebenso im offenen Ganztage!

2. Beitragsgerechtigkeit statt Beitragsfreiheit, qualitative Aufwertung der Bildungseinrichtungen offener Ganztage durch ausreichend Raum- und Personalangebot

Überrascht hat die Liberalen die von der Verwaltung angekündigte Beitragsfreistellung im Bereich der Kinderbetreuung in Einrichtungen, der Tagespflege und ebenso im offenen Ganztage!

Unstreitig handelt es sich bei dem Wegfall sämtlicher Gebühren und Elternbeiträge um eine deutliche Verbesserung eines sog. weichen Standortfaktors in unserer Stadt, welches mit dem strategischen Ziel „Hauptstadt des Kindes“ einhergeht. Allerdings ergeben sich nach unseren Berechnungen nicht weniger als 2.332.000 € Mindereinnahmen bei dem offenen Ganztage sowie Steigerungen der Zuschüsse für Kindspauschalen, Tagespflege und KiTa Ernährung, die jetzt jährlich den städtischen Haushalt zu Buche schlagen!

Entgegen der Darstellung des Bürgermeisters in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts, hat die FDP-Fraktion im Rat seit längerer Zeit eine **einkommensgerechte Beitragsstruktur** auch im Bereich des offenen Ganztages, jedoch nie eine völlige Beitragsbefreiung gefordert! Deshalb muss an dieser Stelle zweifelsohne die Frage erlaubt sein, ob unsere Stadt in der Tat auch in der Zukunft den stetig wachsenden Anforderungen des offenen Ganztages ebenso wie im Bereich der KITAs als Form einer Bildungseinrichtung tatsächlich gerecht werden kann.

Besonders halten wir es vor allem für problematisch, dass die kostenlose Ganztagsbetreuung etwaig zu einem unnötigen Qualitätsverlust im Bereich des offenen Ganztages führen könnte, da uns besonders auch

die konzeptionelle Weiterentwicklung der Bildungseinrichtung offener Ganztage am Herzen liegt und wir durchaus noch qualitative Verbesserungen im Bereich der Angebote, des Personals und der Raumausgestaltung sehen.

Auch wenn die aktuellen Anmeldezahlen insbesondere der Grundschulen noch nicht veröffentlicht wurden, ist jedoch bereits jetzt klar, dass die örtlichen Grundschulen sich – aufgrund der guten Arbeit im Bereich des offenen Ganztages einer erheblichen Frequentierung ausgesetzt sehen, da der Bedarf an verlässlicher und qualitativ guter Betreuung stetig wächst. Eines der Ziele der FDP-Fraktion ist ein weiterer Ausbau der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies geht jedoch nur, wenn die Träger der offenen Bildungseinrichtungen mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

Wie sollen die Schulen zukünftig den zu erwartenden Andrang bewältigen? Sind Qualität für diejenigen, die es dringend nötig haben, nicht besser als Quantität für Kinder, deren Eltern sich die Kosten durchaus einkommensgerecht leisten könnten?

Insbesondere sind für uns noch nicht nachvollziehbar etwaige anstehende Folgekosten für Übergangslösungen oder auch weiteren Ausbau von Gruppen bei entsprechendem Bedarf schlüssig geklärt, so dass die FDP Fraktion hier deutlich einen Prüfauftrag an die Verwaltung mit der Bitte diesen Bedarf zu ermitteln gerichtet hat.

Heute konnten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, eindrucksvoll durch die Elternvertretung einer der Grundschulen in unserem Stadtgebiet, die Befürchtungen der Eltern zur Kenntnis nehmen, die wir als Verpflichtung auffassen, allen Eltern, die einen nachweisbaren Bedarf entsprechend den Richtlinien vorweisen können einen qualitativ angemessenen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen!

Aus den vorgenannten sehen wir auf der einen Seite einen weiteren Standortvorteil mit der völligen Beitragsbefreiung in allen Bildungseinrichtungen von KITA, über Tagespflege bis zur OGATA, aber gleichzeitig auch die bisher nicht geklärten Fragen von erforderlichen Folgefinanzierungen in der unmittelbaren Zukunft.

3. Bewertung des Haushaltes

Problematisch ist für die FDP-Fraktion auch die Ausgestaltung des Stellenplans. Nach unseren Feststellungen sind wir zwischenzeitlich von dem ursprünglichen Soll-Stellenplan einschließlich einer Vielzahl von kw-Vermerken derart abgewichen, dass man durchaus meinen könnte, dass die Aufgaben sich in unserer Kommune nahezu verdoppelt hätten! Dies ist jedoch nachweislich nicht der Fall! Die Mehrausgaben in Monheim belaufen sich aktuell auf 2,4 Mio Euro jährlich! Ohne Folgekosten für die Altersversorgung der Mitarbeiter!

Wir stellen daher die Frage: sind alle diese Stellen tatsächlich zwingend und unabwendbar erforderlich?

Sie alle wissen genau, dass es für eine Kommune nahezu unmöglich ist geschaffene Stellen, im Falle einer schlechteren Haushaltssituation mittelfristig zu streichen bzw. bei Wegfall des Bedarfes abzubauen! Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass es doch bemerkenswert ist, dass in meiner nunmehr fast 14 jährigen Ratszugehörigkeit ich noch nie eine zustimmende Stellungnahme der Personalvertretung zu dem vorgelegten Stellenplan vernehmen konnte , dies ist jedoch in diesem Jahr der Fall!

Aus diesem Grunde können wir dem vorgelegten Stellenplan nicht zustimmen!

Erlauben Sie mir noch einige Anmerkungen zu der legendären Abundanzabgabe oder auch „Kommunalsoli“, den die FDP-Fraktion als ungerechte Zwangsabgabe empfindet.

Aufgrund des gemeinsamen Antrages mit der CDU-Fraktion haben wir die Erhebung eines Klageverfahrens gegen den Kommunalsoli nicht nur unterstützt sondern maßgeblich vorangetrieben.

Auch wenn nunmehr die rot-grüne Landeregierung, die Höhe des Kommunalsoli für unsere Kommune um etwa 23 Mio Euro aus einer Gesamtzwangsabgabe von ursprünglich 46 Mio, gesenkt hat, ist das Gesetz einerseits politisch umstritten und andererseits formaljuristisch mit heißer Nadel gestrickt! Diese Formfehler werden nach Überzeugung der FDP-Fraktion einer sachlichen Prüfung nicht Stand halten und dieses

zutiefst ungerechte Gesetz im Rahmen der verfassungsrechtlichen Überprüfung zu Fall bringen! Im Übrigen kann von einer Halbierung aufgrund der Laufzeitverlängerung des Gemeindefinanzierungsgesetzes nicht die Rede sein!

Aufgrund dieser Reduzierung der bereits eingestellten Ausgabe des Kommunalsoli in Höhe von 46 Mio in unserem Haushalt und den nunmehr eingesparten Aufwendungen von ca. 23 Mio, würde unsere Haushalt rechnerisch einen höheren Überschuss von ca. 23 Mio aufweisen müssen!

Symptomatisch und für die FDP Fraktion mehr als befremdlich ist jedoch die Tatsache, dass hier aufgrund der vorgelegten Änderungsliste nunmehr nahezu 21 Mio. Mehrausgaben im Haupt- und Finanzausschuss aufgrund der vorgelegten Änderungsliste in großer Harmonie beschlossen wurden!

Hätte es die erfreuliche Reduzierung des Kommunalsoli nicht gegeben, so hätten diese Ausgaben sicherlich keine Berücksichtigung im Haushalt gefunden! Wir halten es daher mit dem Grundsatz: „ Die Sparsamkeit ist die Tochter der Vorsicht, die Schwester der Mäßigung und die Mutter der Freiheit!

Was bedeutet diese in der Konsequenz? Ist hier nicht eine mahnende Stimme gefragt, die nachhaltig weiterhin einen konsequenten Sparkurs fordert? Wir fühlen uns als FDP-Fraktion jedenfalls einer Politik verpflichtet, die derartige Einstellungen nicht fördert!

Ich erlaube mir abschließend an dieser Stelle auf eine Spiegelzitat in der letzten Wochen zu verweisen:

„Mit dem Ausscheiden der FDP ist die Stimme der haushaltspolitischen Mäßigung aus dem Bundestag verschwunden....!“

Diese Stimme bleibt Ihnen im Rat der Stadt Monheim mit Sicherheit weiterhin erhalten!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es wird daher niemanden verwundern, dass die FDP-Fraktion in diesem Jahr - entgegen den vorangegangenen Jahren – dem Haushalt in der vorgelegten Form am heutigen Tage zustimmen wird, da hier die seit Jahren von dem Liberalen geforderten unabdingbaren Maßnahmen in Form von Steuersenkungen der Steuersenkungen umgesetzt wurden und nach unserer Auffassung nachhaltig zur dauerhaften Konsolidierung des städtisches Haushaltes beitragen werden.

Dennoch ist es für FDP-Fraktion an dieser Stelle unerlässlich darauf hinzuweisen, dass wir auch und wegen der aktuellen positiven Entwicklung und Prognose in unserem Haushalt 2012 nicht in Goldgräber- Euphorie ausbrechen dürfen.

Wir erlauben uns daher an den mahnenden Zeigefinger der Haushaltseinbringungsreden von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister und ebenso von Ihnen, sehr geehrter Herr Kämmerer, nachhaltig zu erinnern, in dem Sie trotz der erfreulichen, erheblichen Gewerbesteuerzugänge auch weiterhin die Konsolidierung auf der Einnahmenseite angemahnt und den Rat zum „Maß halten“ aufgefordert haben.

Nach bisherigen überparteilich gemeinsam getragenen Bemühungen im Hinblick auf die Steuersenkungen darf nach Auffassung der Liberalen jedoch keineswegs außer Acht gelassen werden, dass weiterhin der Ausbau der Standortqualität, beispielsweise die Wirtschaftsfreundlichkeit der kommunalen Verwaltung, die Verkehrsinfrastruktur und die weiteren sogenannten „weichen Standortfaktoren“ weiterhin absolute Priorität haben müssen um den Standort Monheim am Rhein auch zukünftig – nicht nur wegen des niedrigen Gewerbesteuerhebesatzes – attraktiv zu halten.

Aus diesem Grunde müssen wir an dieser Stelle auch deutlich kritische Worte für den hier nicht nachvollziehbaren gemeinsamen Antrag der PETO und SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen finden. Unabhängig von dem sicherlich durchaus zu kritisierenden

politischen Stil dieses Papiers, haben sich alle anderen Fraktionen dem mahnenden Votum des Kämmerers und des Bürgermeisters im Rahmen der Haushaltseinbringung gefügt und weder Begehrlichkeiten bei unseren Bürgerinnen und Bürger geweckt noch versucht, mit Mehrausgaben verbundene Maßnahmen einzubringen.

Leider haben Sie sich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der PETO und SPD-Fraktion, an dieses Unterfangen nicht gehalten. Unabhängig davon, ob dieses Papier als zulässiger Antrag – ohne die Einhaltung von Fristen – zu den Haushaltsplanberatungen zu werten ist oder nicht, steht dieses Papier „von Ihnen als Nachhaltigkeitskonzept betitelt“ -, den mahnenden Worten Ihres Bürgermeisters sowie des Kämmerers eindeutig entgegen.

Nach Auffassung der FDP werden die dort enthaltenen Anträge zu großen Teilen dem von Ihnen selbst auferlegten Maßstab der Nachhaltigkeit nicht gerecht.

Es erstaunt die FDP-Fraktion doch sehr, dass Sie offenkundig die haushaltspolitische Ausgangslage selbst erkennen, sehr geehrte Kollegen der PETO und SPD-Fraktion und diese in ihrem Papier auch darstellen, dass trotz der positiven Prognose und Entwicklung ein dauerhafter Haushaltsausgleich gerade noch nicht erkennbar ist. Denn insbesondere die mittelfristige Finanzplanung weist ab 2014 erneut Defizite in einer Größenordnung von ca. 2,5 bis 4,5 Millionen Euro auf, da unsere Kommune durch dann zur Geltung kommende Kreisumlagen erheblichen belastet wird.

Allein vor diesem Hintergrund ist hier nicht nachvollziehbar, wie Sie nunmehr im Rahmen Ihres Maßnahmenkataloges von rund 1 Million im Jahre 2013 derartige Ausgaben forcieren können, in Kenntnis des Defizites spätestens in 2014!

Nach Auffassung der FDP-Fraktion sind die von Ihnen dargelegten „echten Zinsersparnisse“ statt in umfassende weitere, teilweise sehr weitreichende und bindenden Mehrausgaben eindeutig besser in die Konsolidierung und somit mittelfristige und dauerhafte Entschuldung unserer Stadt zu investieren – das ist unser Verständnis von Nachhaltigkeit!

Sicherlich finden einzelne Maßnahmen im Rahmen Ihres Kataloges durchaus die Zustimmung unserer Fraktion, so beispielsweise die umfassende Senkung der Kindertagesstättengebühren um 30 % oder auch der Ausbau und die Professionalisierung des City-Managements, welches im Übrigen eine langjährige Forderung der FDP-Fraktion ebenfalls seit Jahren ist.

Teilweise sind die von Ihnen beantragten Maßnahmen und die von Ihnen veranschlagten Beträge mehr als widersprüchlich und konnten für uns auch im Rahmen der vorhergehenden Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen nicht entkräftet werden, dass Sie beispielsweise bei dem Ausbau und der Professionalisierung des City-Managements grundsätzlich die Entwicklung eines Konzeptes beantragen und somit die Mehrausgaben im laufenden Haushaltsjahr mit Null beziffern, während Sie jedoch die Einrichtung von zusätzlichen sechs Erzieherinnen- und Erzieherstellen für die Kindertagesstätten im Berliner Viertel bereits haushaltsrelevant mit einem Betrag ausweislich der vorgelegten Änderungsliste von spätestens 2013 mit rund 240.000,00 Euro beziffern.

Warum das nach Auskunft des Fachbereiches Jugend zu erstellende Konzept sich haushalterisch auswirkt und mit 10.000,- Euro veranschlagt wird, während das Konzept zur Professionalisierung des City-Managements keinerlei Auswirkungen hat, erschließt sich der FDP-Fraktion nicht.

Zugestimmt hat die FDP-Fraktion im Fachausschuss und Soziales und Öffentliche Angelegenheiten dem zu begrüßenden Projekt zur Reintegration in den Wohnungsmarkt.

Es befremdet die FDP-Fraktion jedoch sehr, dass dieses Projekt als gemeinsamer Antrag der PETO und SPD-Fraktion betrachtet wird, obwohl dieses Projekt von dem verantwortlichen Träger in Abstimmung mit dem Fachbereich seit längerem geplant ist. Die Einsparung der kommunalen Folgekosten im Falle der Wohnungslosigkeit hat uns überzeugt, aber dennoch sollten sie sich nicht mit fremden Federn schmücken!

Wir halten diese von Ihnen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorgebrachten erheblichen Mehrausgaben im diesjährigen Haushalt in der vorgelegten Form für überaus bedenklich und vor dem Hintergrund der Entwicklung in den Folgejahren für überaus gefährlich und erinnern hier an die von uns seit Jahren geforderte Selbstsparverpflichtung, die hier ein weiteres Mal untergraben wird.

Auch erlauben wir daran zu erinnern, dass in dem ersten Jahr Ihrer Amtszeit, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie von allen Fraktionen die Erstellung einer Sparliste – „Liste der Grausamkeiten“ – eingefordert haben.

Es hätte dem gesamten Stil und den von mir bereits dargestellten Gründen, dass es zu diesen überaus positiven Entwicklungen im vorgelegten Haushalt 2012 gekommen ist, durchaus Rechnung getragen, dass nach partei- und fraktionsübergreifendem Beschluss der Rahmenbedingungen für diesen Haushalt auch ein Signal der Transparenz gewesen wäre, alle Fraktion in die Verteilung der offenbar von der Kämmerei freigegebenen Mitteln einzubinden, so dass hier weniger einseitig die Verteilung, wie von Ihnen sehr geehrte PETO und SPD-Fraktion, hätte vorgenommen werden können.

Nach Verständnis der FDP-Fraktion kann beispielsweise die sicherlich von allen Fraktionen begrüßte Senkung der Kindertagesstättenbeiträge nicht losgelöst von der Frage der Gebühren zur Teilnahme am offenen Ganztage betrachtet werden. Auch hier ist eine gerechtere und einkommensabhängige Beitragsregelung für Nichttransferleistungsbezieher dringend notwendig – ebenso wie die unbedingte Abgleichung der Befreiungsregelung eines Geschwisterkindes!

Erfreulicherweise haben wir am heutigen Tage in der örtlichen Presse zur Kenntnis nehmen können, dass sich die Verwaltung auf Grundlage des Antrages der FDP-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis'90 die Grünen im Haupt- und Finanzausschuss in der Lage sieht, eine entsprechende Vorlage bereits vor der Sommerpause vorzulegen.

Auch diese Forderung wurde bereits von der FDP-Fraktion im Jahre 2011 formuliert, um für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bessere Rahmenbedingungen in unserer Stadt zu schaffen.

Sicherlich hätte eine gemeinsame Anstrengung im Rahmen der Haushaltsplanberatung über zwingend erforderliche und tatsächliche notwendige und nachhaltige Ausgaben das gesamte Bild der diesjährigen Haushaltseinbringung erheblich besser abgerundet und hätte dem von Ihnen aufgestellten Gebot der Transparenz Rechnung getragen, sehr geehrter Herr Bürgermeister.

Die FDP-Fraktion kann selbstverständlich Ihre Bemühungen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Verbindung mit der von Ihnen getragenen PETO-Mehrheitsfraktion gemeinsam mit der SPD dahingehend nachvollziehen, dass es sich bei nahezu allen Maßnahmen nach hiesiger Auffassung um vorgezogene Wahlgeschenke handelt, denn natürlich darf dieser Punkt strategisch nicht von Ihnen außer Acht gelassen werden.

Bei der von Ihnen vorgelegten Ausgabenliste, die bereits in der Änderungsliste für die Beratung des diesjährigen Haushaltes im Haupt- und Finanzausschuss eingeflossen ist, erlauben wir uns den Hinweis, dass diese zusätzlichen Ausgaben auch im Bereich des Personales ohne jedwede Begrenzung durch beispielsweise Befristung von Personalstellen ein erhebliches Risiko für die zukünftige Finanzplanung darstellt und bekannt ist, dass eine einmal geschaffene Stelle (hier im Bereich der Kindertagesstätten im Berliner Viertel sowie im Jugendcafé) ohne eine Befristung nicht aus dem Stellenplan gestrichen werden kann.

Dies hält die FDP-Fraktion für überaus riskant und bedauert ausdrücklich, dass hier eine Befristung dieser Stellen im Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich abgelehnt wurde, dies widerspricht der bisherigen Vorgehensweise im Bereich des fortzuschreibenden Sollstellenplanes.

Abschließend erlauben Sie mir einige Anmerkungen zu den grundsätzlichen Entwicklungen, die mit der Verabschiedung des heutigen Haushaltes in den Jahren 2012 ff eingeleitet werden.

Die Liberalen im Rat unserer Stadt deutlich machen, dass wir die beschlossene Sicherstellung der Ertüchtigung der Turnhalle an der Winrich-von-Kniprode-Schule und die eingestellten Mittel ausdrücklich begrüßen, und dies nach den bisherigen, sehr langatmigen Diskussionen in dem vergangenen halben Jahr in den Fachausschüssen so nicht unbedingt zu erwarten war.

Die FDP-Fraktion hat ständig und regelmäßig gemeinsam mit den Kollegen der CDU-Fraktion dauerhaft darauf hingewiesen, dass unabhängig auch von der weitergehenden Standortdebatte, die Ertüchtigung der Sporthalle bereits vor der Haushaltsverabschiedung zur Planungssicherheit von betroffenen Eltern, Schülern und Lehrern hätte erfolgen müssen, um die unstreitig entstanden Verunsicherung bei den Betroffenen zu vermeiden!

Weiterhin stand und steht die FDP-Fraktion zum Standort der Winrich-von-Kniprode-Schule an der Monheimer Straße und wird sich dafür auch zukünftig nachhaltig einsetzen!

Für die Mitglieder der FDP-Fraktion ist und bleibt der Bürgerwille Grundlage unserer Entscheidungen, so dass wir im Rahmen der anstehenden Grundschuldebatte auch zukünftig keine Entscheidung gegen den nachweislichen Elternwillen treffen werden. Hiermit einhergehend ist selbstverständlich auch die von der Verwaltung vorgeschlagene Ertüchtigung und der Ausbau der Versammlungsmöglichkeiten unserer Grundschulen am Standort Lottenstraße sowohl für die Lotten- als auch die Astrid-Lindgren-Schule unerlässlich

Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Stadt möchte es die FDP-Fraktion ebenfalls nicht versäumen, auf die im letzten Jahr spürbar eingeleiteten positiven Maßnahmen der städtischen Wirtschaftsförderung hinzuweisen, und dies ausdrücklich lobend hervorzuheben. Dies war in den vergangenen Jahren nicht immer so und zudem Anlass von Kritik seitens der FDP. Diese Maßnahmen zeigen, dass unsere gemeinsamen Standortbemühungen zu der Vermarktung unseres attraktiven Standortes in Verbindung mit den Gewerbesteuerensenkungen bereits zu ersten nicht unerheblichen Erfolgen geführt haben.

Ein wichtiges Merkmal für die Ansiedlung von Unternehmen und hochqualifizierten Arbeitsplätzen ist nach unserer Auffassung auch und dies wird von der Industrie- und Handelskammer ebenfalls im Rahmen der dortigen Stellungnahme angeführt, angemessener und adäquater Wohnraum für die qualifizierte Mitarbeiter der angesiedelten Unternehmen zu schaffen. Hier ruft die FDP dazu erneut auf, das Plangebiet Baumberg-Ost zu überdenken.

Vor dem Hintergrund der bisher nicht erfolgten Umlegungsverfahren und der der FDP-Fraktion bekannten erheblichen Widerstände der betroffenen Eigentümer werden sich mutmaßlich erheblich höhere Kosten zur Realisierung des Sportplatzes im Rahmen des Sportstättenkonzeptes in Baumberg-Ost nicht vermeiden lassen.

Hier dürfen wir Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, auch daran erinnern, dass Sie den mittelfristigen Standort Kielsgraben als dauerhaften Standort nicht ausgeschlossen haben.

Daher appellieren wir erneut an Sie und die Sie stützende Mehrheitsfraktion, im Rahmen einer zielführenden und gemeinsamen ergebnisoffenen Planung erneut darüber nachzudenken, ob eine Realisierung des Sportplatzes Am Kielsgraben und der gegebenenfalls hochqualitativen Wohnbebauung in Baumberg-Ost die gesamten Bemühungen der Wirtschaftsförderung und des Wirtschaftsstandortes nicht weiter und umfassend stärkt.

Wir möchten uns zudem auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern ausdrücklich bedanken, die sich, wie in den vergangenen Jahren, mit Anregungen, Fragen und Vorschlägen an unsere Fraktion gewandt haben.

Gleichermaßen gilt unser Dank auch den zahlreichen Teilnehmern der Onlinebefragung im Rahmen des Projektes Online-Haushalt, in dem auch die FDP-Fraktion eine Vielzahl von kreativen Anregungen für die weiterhin großen Herausforderungen im Interesse unserer Stadt gewonnen hat

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Fraktionsvorsitzende